

Niederschrift

über die öffentliche Sitzung
des Gemeinderats der Stadt Lörrach
am Donnerstag, 29. September 2016
im großen Sitzungssaal des Rathauses Lörrach, Luisenstraße 16

Anwesend:	Oberbürgermeister Jörg Lutz als Vorsitzender Bürgermeister Dr. Michael Wilke
Stadträtinnen und Stadträte:	Bachmann-Ade, Berg, Bernnat, Böhringer, Claassen, Cyperrek, Denzer (ab 17.45 Uhr), Escher, Glattacker, Herzog, Heuer, Höfler, Jaenisch, Kiefer, Koesler, Kurfeß (ab 17.35 Uhr), Lindemer, Lusche, Martin, Oehler, Pichlhöfer, Roßkopf, Salach, Schlecht, Simon, Vogel, Dr. Vogelpohl, Wernthaler, Wiesiollek
Entschuldigt:	Di Prima, Krämer, Salinas de Huber,
Ferner:	Fachbereichsleiterin Baldus-Spinger Fachbereichsleiterin Buchauer Fachbereichsleiterin Rebmann-Schmelzer Fachbereichsleiter Bühler (bis 18.30 Uhr) Fachbereichsleiter Dullisch Fachbereichsleiter Kleinmagd Fachbereichsleiter Sproß Frau Williams, Leiterin des Büros des Vorstands (bis 18.30 Uhr) Stellv. Fachbereichsleiterin Oswald (bis 18.30 Uhr) Stellv. Fachbereichsleiter Haasis
Urkundspersonen:	Stadträtin Roßkopf und Stadtrat Vogel
Schriftführung:	Frau Heinze und Herr Ockenfuß (bis 18.30 Uhr)
Beginn:	17.30 Uhr
Ende:	19.15 Uhr

Der Vorsitzende eröffnet die Sitzung und begrüßt die anwesenden Mitglieder des Gemeinderats, die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Verwaltung, die erschienenen Vertreter der Presse sowie die Bürgerschaft. Er wolle vor Eintritt in die Tagesordnung zunächst nochmal Stellung zu den Drohbrieffen nehmen, welche Herrn Stadtrat Di Prima sowie die Verwaltung in der Sommerpause erreichten und sich im Namen des Gemeinderates und der gesamten Stadtverwaltung auf das Entschiedenste davon distanzieren. Er zitiert im Folgenden Bundestagspräsident Norbert Lammert: *„Jeder, der durch Drohungen Druck auf einzelne Abgeordnete auszuüben versucht, muss wissen, er greift das ganze Parlament an“*. Er verweist im Weiteren auf den liberal-demokratischen Charakter der Stadt Lörrach und führt aus, dass es für Feinde der Demokratie in Lörrach keinen Platz gebe.

TOP 1

Information über den Sachstand der Schulentwicklungsplanung

(Anlage 1)

Der Vorsitzende führt aus, dass die Verwaltung vor dem Hintergrund der aktuellen Entwicklungen den Sachstand zum Schulentwicklungsplanungsprozess darlegen wolle und berichtet von dem Antwortschreiben des Regierungspräsidiums. Der Schulentwicklungsplanungsprozess habe das Ziel verfolgt, gemeinsam mit Experten ein zukunftsfähiges Szenario für die Lörracher Schullandschaft zu entwickeln. Das entwickelte Szenario 6 habe sich alsbald als „Findelkind ohne Eltern“ erwiesen. Man müsse nun über weitere mögliche Szenarien sprechen. Auf keinen Fall wolle man ein Szenario gegen den Willen der Beteiligten durchsetzen. Ebenfalls werde man die politische Großwetterlage berücksichtigen, die sich nach dem Regierungswechsel in Stuttgart im März dieses Jahres ergeben habe. Die neue Landesregierung nehme sicherlich eine Schwerpunktverlagerung, voraussichtlich hin zur Realschule, vor. Das Szenario 6 habe die Verlegung der Albert-Schweitzer-Gemeinschaftsschule an den Campusstandort vorgesehen. An diesem Standort habe das Hans-Thoma-Gymnasium in diesem Schuljahr nochmals massiv zugelegt. Ein sechszüiges Hans-Thoma-Gymnasium sei pädagogisch aber eher ungeeignet. Das Szenario stelle deshalb keine Alternative mehr dar.

Bürgermeister Dr. Wilke gibt an, dass die Thematik auch in der Sitzung des Ausschuss für Umwelt, Technik, Bildung und Soziales breit diskutiert worden sei. Man habe bereits mit einer großen Zahl von Beteiligten gesprochen. Problematisch und auch schwierig sei, dass man anhand vieler theoretischer Annahmen planen müsse. Die Verwaltung halte mittlerweile das Szenario 8 geeignet für eine organische Schulentwicklung. Das Szenario sehe auch keine zu heftigen Einschnitte vor. Am Campusstandort würde sich die Situation wie gehabt gestalten. Die Theodor-Heuss-Realschule würde sich zu dem neuen Realschulmodell weiterentwickeln, sodass an der Schule auch der Hauptschulabschluss abgelegt werden kann. Außerdem würde die Schule um einen Zug auf insgesamt vier Züge reduziert werden. Dies würde praktisch eine Reduzierung um sechs Schulklassen bedeuten. Das Hans-Thoma Gymnasium würde ebenfalls durch eine Reduzierung von bisher sechs Zügen auf vier Züge deutlich entlastet. Praktisch würde dies eine Reduzierung um 16 Schulklassen bedeuten. Das Hebel-Gymnasium bliebe wie bisher dreizügig. Um die Entlastung des Hans-Thoma-Gymnasiums zu bewerkstelligen, würde man am Neumatt-

standort ein weiteres, drittes Gymnasium mit drei Zügen und einem besonderen Profil, eventuell einem Sportprofil, einrichten. In Brombach solle es eine Sekundarstufe geben, weshalb in Brombach perspektivisch eine dreizügige Realschule eingerichtet werden solle. Am Standort Grütt solle die Gemeinschaftsschule erhalten bleiben, welche bis zur Dreizügigkeit ausgebaut wird. Hier solle aber auch im Besonderen die Kooperation mit den beruflichen Schulen gefördert und gestärkt werden. Im Ergebnis erhalte man insgesamt die im Schulentwicklungsplanungsprozess ermittelten 20 Züge, wobei sich diese zu jeweils 10 Zügen auf die Gymnasien, die erste Säule und die zweite Säule, also Werkreal-, Real- und Gemeinschaftsschule aufteilen. Zwar habe das Regierungspräsidium hinsichtlich der Genehmigung neuer Schulen Hemmungen, allerdings müsste bei diesem vorgeschlagenen Modell keine zusätzliche Schule eingerichtet, sondern nur die bisherigen Schulen weiterentwickelt werden. In der Konsequenz müsse man aber davon ausgehen, dass zwei Grundschulstandorte aufgelöst werden müssten. So würde die Auflösung der Grundschule am Neumattstandort den Ausbau der Fridolinschule nach sich ziehen, mit welchem man sich bisher zurückgehalten habe. Außerdem werde man voraussichtlich den Grundschulstandort Alber-Schweitzer auflösen müssen. Hier könne durch einen Neuzuschnitt der Grundschulbezirke eine Aufteilung der Kinder auf die Grundschule Tumringen, die Eichendorff-Schule und die Hebelschule erfolgen. Mit dem dargestellten Vorschlag wolle man nun nach Stuttgart zum Gespräch mit der Kultusministerin reisen. Bei dem Gespräch sollen vor allem aber auch Fragen nach der Zukunft der Werkrealschule als auch nach der Zukunft der Gemeinschaftsschule thematisiert werden. Man wolle die Werkrealschule, welche ein Auslaufmodell darstelle, nicht weiter aufrecht erhalten, nur weil das Schulgesetz dies vorsehe, eine pädagogische Notwendigkeit allerdings nicht besteht. Hinsichtlich der Gemeinschaftsschule müsse die Frage geklärt werden, ob diese künftig verbindlich nur als Ganztagschule eingerichtet werden könne und ob zudem in der Zukunft eine Annäherung der Gemeinschaftsschule an die Realschule vollzogen werde. Über das Gespräch in Stuttgart wolle man in den Sitzungen der Ausschüsse am 6. Oktober berichten.

Der Vorsitzende bittet die Fraktionen um ein Stimmungsbild hinsichtlich der aktuellen Entwicklungen.

Stadtrat Lusche gibt an, dass die Schulentwicklung in Lörrach eine zentrale Fragestellung für die Stadt darstelle. Die Thematik müsse insofern konsequent angegangen werden. Die Fraktion der CDU stehe den Grundzügen des aufgezeigten Szenarios schon seit längerem nahe. Man wolle als CDU keine weiteren Gemeinschaftsschulen. Außerdem benötige man in Brombach einen attraktiven Schulstandort. Insofern müsse in Brombach eine Realschule eingerichtet werden. Die hohe Nachfrage an den Gymnasien werde weiterhin bestehen, weshalb die Einrichtung eines dritten Gymnasiums am Neumattstandort sinnvoll sei. Auch ein gemischter Campus, mit einer gestärkten ersten aber auch mit einer gestärkten zweiten Säule, werde von der CDU als sinnvoll erachtet. Ein Nachteil sei sicherlich der hohe Investitionsaufwand. Den Investitionsbedarf könne man leider noch nicht abschätzen. Er wünscht dem Vorstand gedeihliche Gespräche in Stuttgart. Er wolle dennoch betonen, dass er auch deshalb über das Schreiben des Regierungspräsidiums erstaunt gewesen sei, weil Vertreter der staatlichen Schulbehörden stets an den Veranstaltungen des

Schulentwicklungsplanungsprozesses involviert waren. Er hoffe, dass sich in dem anstehenden Gespräch die richtigen Weichen stellen lassen.

Stadtrat Bernnat hält es für wichtig, dass eine Entscheidung mit größtmöglichem Konsens getroffen wird. Das Schulsystem habe sich stark gewandelt. Es gebe nur noch zwei Säulen und die Werkrealschule habe keine Zukunftsperspektive mehr. Die Einrichtung einer Realschule in Brombach sei richtig. Die Beibehaltung des jetzigen Gemeinschaftsschulstandortes Grütt sei ebenso sinnvoll. Schade ist, dass man sich für diese Variante auch bereits vor zwei Jahren hätte entscheiden können. Zwar habe die Fraktion der SPD zunächst für einen rein gymnasialen Campus plädiert, man könne aber auch eine derartige Lösung mittragen. Um eine tatsächliche Entlastung des Hans-Thoma-Gymnasiums zu erreichen, sei es aber wichtig, dort ein Profil anzubieten, welches dem des Hans-Thoma-Gymnasiums ähnlich sei. Es wäre fatal, wenn man lediglich ein Sportprofil anbieten würde. Ein drittes Gymnasium könne indes nur dann attraktiv sein, wenn in der Oberstufe auch viele Kurse angeboten werden können. Die Kooperation aller drei Gymnasien in der Kursstufe müsse funktionieren. Den notwendig werdenden Investitionsaufwand müsse man abwarten. Die Einrichtung eines dritten Gymnasiums am Neumattstandort werde aber sicherlich sehr teuer. Die Fraktion der SPD wolle sich einem breiten Konsens nicht verweigern.

Stadtrat Werthaler erklärt, dass das Szenario 6 kein Szenario ohne Väter und Mütter sei. Die Entwicklungen seien in ihrer Gesamtheit sehr komplex. Es seien sehr viele verschiedene Akteure im Schulentwicklungsplanungsprozess beteiligt gewesen. Die Ergebnisse des Abschlussberichts seien indes von vielen Beteiligten sehr positiv aufgenommen worden, von einigen Betroffenen habe der Abschlussbericht allerdings auch Gegenwind erfahren. Es sei nun schade, dass dem Abschlussbericht keine große Bedeutung mehr beigemessen werde. Themen der Bürgerbeteiligung müsse man in Zukunft anders angehen.

Stadtrat Claassen äußert, dass das Gutachten zur Schulentwicklungsplanung sehr sinnvoll gewesen sei. Das Gutachten habe wichtige Argumente befördert und auch insgesamt die Diskussion angeregt. Auch die Fraktion der Freien Wähler habe sich hinsichtlich der Thematik intensiv mit der Bürgerschaft auseinandergesetzt. Es sei wichtig, dass der Schulstandort Brombach gestärkt werde. Die Eltern würden ihrerseits „mit den Füßen abstimmen“. Auch eine Stärkung der Gemeinschaftsschule am Grütt-Standort sowie eine Entlastung des Campus halte er für sinnvoll. Seine anfänglichen Bedenken habe er abgelegt und glaubt, dass sich die Stadt auf einem guten Weg befinde.

Stadträtin Herzog begrüßt die Einrichtung einer Realschule Plus in Brombach. Die Werkrealschule verliere zunehmend an Bedeutung. Der Schulstandort Brombach müsse gestützt und gestärkt werden. Es brauche dringend eine Aufwertung des Standorts welche durch eine Investition ermöglicht wird. Daher hoffe sie auf eine Zustimmung der Schulbehörden zu der Einrichtung einer Realschule in Brombach. Sie sei unterdessen gegen einen rein gymnasialen Campus. Die nun dargelegte Variante könne von ihr mitgetragen werden, auch wenn sie den Vorzug einer räumlichen Nähe zwischen der Gemeinschaftsschule und den Gymnasien am Campus-Standort gesehen hätte. Daher begrüße sie eine mögliche Kooperation zwischen den Gemeinschaftsschulen und den beruflichen Gymna-

sien. Die Gemeinschaftsschule am Grütt-Standort könne zwei- oder dreizügig geführt werden. Die Einrichtung eines dritten Gymnasiums am Neumatt-Standort sei eine logische Konsequenz aus der immer stärker werdenden Nachfrage von Eltern und Schülern an Gymnasien. Sie wolle wissen, ob der dritte gymnasiale Standort auch eine Außenstelle des Hans-Thoma-Gymnasiums sein könne. Der Landkreis habe bereits angekündigt, gegen die Einrichtung eines dritten Gymnasiums Widerspruch einlegen zu wollen. Man müsse bei der Schulentwicklung nach rechts und nach links sehen.

Der Vorsitzende bedankt sich für die Stellungnahmen der Fraktionen. Den Einwand hinsichtlich sich auftuender Konkurrenzen eines dritten Gymnasiums zu den beruflichen Gymnasien könne er nicht nachvollziehen. Ein kleineres Gymnasium könne eine ganz andere Qualität erreichen. Man müsse die Frage nach einer Teilung des massiv angewachsenen Hans-Thoma-Gymnasiums stellen. Es bestehe an dieser Stelle dringender Handlungsbedarf. Auch er lehne einen rein gymnasialen Campus ab.

Stadtrat Kiefer wolle zu bedenken geben, dass die Grundschüler am Ende des Prozesses die Leidtragenden sind. Die Schließung zweier Grundschulen sei für ihn nicht nachvollziehbar.

Der Vorsitzende hält den Einwand für berechtigt. Die Schließung der Grundschulstandorte sei aber kein Spezifikum des nun zur Diskussion stehenden Szenarios.

Bürgermeister Dr. Wilke erklärt, dass der Schulentwicklungsplanungsprozess sehr wichtig gewesen sei. Es konnten schon im Laufe des Prozesses viele Fragen beantwortet werden und auch die wissenschaftliche Begleitung sei sehr hilfreich gewesen. Es werde keine Lösung geben, mit der alle vollständig zufrieden seien und bei der es keine Nachteile gebe. Mit den sich ergebenden Nachteilen müsse man umzugehen wissen. Alleine die Wiedereinführung des Gesamtelternbeirates sei ein großer Gewinn für die Stadt.

Der Vorsitzende gibt an, dass man nun das Gespräch mit der Kultusministerin in Stuttgart abwarten müsse. Sofern man von Seiten des Ministeriums grünes Licht erhalte, könne man die Thematik ab November in den Haushaltsberatungen aufgreifen und sodann das weitere Vorgehen abstimmen.

TOP 2

Berufung der Mitglieder des Gestaltungsbeirats

Neufassung der Geschäftsordnung des Gestaltungsbeirats

Vorlage: 127/2016

Der Vorsitzende stellt den Tagesordnungspunkt dar und erklärt, dass der Gestaltungsbeirat ein unverzichtbares Gremium für bedeutende städtebauliche Vorhaben sei.

Stellv. Fachbereichsleiter Haasis erläutert die angedachten personellen Veränderungen im Gestaltungsbeirat.

Alle Fraktionen bestätigen die Bedeutsamkeit des Gestaltungsbeirats. Bedauert wird das Ausscheiden von Dr. Rosenberger. Hinsichtlich der Auswahl der nachfolgenden Personen vertraue man dem Vorschlag der Verwaltung und wünsche dem Beirat weiterhin viel Erfolg bei der Arbeit.

Der Gemeinderat fasst einstimmig folgenden Beschluss:

1. Als neue Mitglieder (stimmberechtigte Sachverständige gem. § 3 der Geschäftsordnung des Gestaltungsbeirates der Stadt Lörrach) werden berufen
 - Frau Bärbel Hoffmann, Fellbach und
 - Herr Prof. Kunibert Wachten, Aachen.Die bisherigen Mitglieder
 - Frau Prof. Dr.-Ing. MSc Maren Harnack, Frankfurt am Main und
 - Herr Christof Luz, Stuttgartwerden für eine weitere Beiratsperiode als Mitglieder des Gestaltungsbeirates berufen.

2. Die Geschäftsordnung des Gestaltungsbeirates wird an die veränderte Verwaltungsstruktur und an neue Rechtsgrundlagen angepasst. Die Neufassung tritt am 1. Oktober 2016 in Kraft und ersetzt die Fassung vom 1. März 2014.

TOP 3

Bebauungsplan "Lingertrain" - Verlängerung der Veränderungssperre

Vorlage: 123/2016

Der Vorsitzende stellt den Tagesordnungspunkt vor.

Stellv. Fachbereichsleiter Haasis erläutert das Erfordernis für die Verlängerung der Veränderungssperre.

Stadtrat Simon berichtet von der Zustimmung des Ortschaftsrats Haagen. Wichtig sei, dass das Bebauungsplanverfahren für die drei Doppelhäuser im Zeitraum eines Jahres vorangehe.

Stadtrat Koesler kritisiert, dass die Verwaltung zwei Jahre für die Aufstellung eines qualifizierten Bebauungsplanes Zeit gehabt habe. Er werde der Beschlussvorlage nicht zustimmen.

Der Vorsitzende verweist auf die Vorgeschichte des Tagesordnungspunktes und stellt den Sachverhalt richtig. Ein Bauvorbescheid für das Bauvorhaben sei bereits erteilt und der Bauherr in der Pflicht.

Stellv. Fachbereichsleiter Haasis ergänzt die Ausführungen.

Der Gemeinderat fasst sodann mehrheitlich bei 1 Gegenstimme folgenden Beschluss:

1. Die Verlängerung der Veränderungssperre für den Bebauungsplan „Lingertrain“ wird als Satzung (Anlage 1 der Vorlage) beschlossen.
2. Die Verlängerung der Veränderungssperre ist ortsüblich bekannt zu machen.

TOP 4

Erschließungsbeitrag für den Ausbau der Straßen im Baugebiet Am Kirchberg, Lörrach

Vorlage: 128/2016

Bürgermeister Dr. Wilke skizziert das Anliegen der Beschlussvorlage und verweist auf die Vorberatung im Ausschuss für Umwelt, Technik, Bildung und Soziales.

Der Gemeinderat fasst einstimmig folgenden Beschluss:

Die Straße Am Kirchberg, Flurstück Nr. 13085/1, zwischen Flurstück Nr. 13095/5 (in Richtung Osten) und Flurstück Nr. 13091 (in Richtung Süden) sowie die Oscar-Grether-Straße, Flurstück Nr. 11375, von der Straße Am Kirchberg, bis zum Ende des Bogens bei Flurstück Nr. 11434/1, im Bereich des Baugebiets „Am Kirchberg“ sind seit dem 13. August 2015 endgültig hergestellt. Beitragspflichtig sind die angrenzenden erschlossenen Grundstücke.

TOP 5

Änderung der Feuerwehrgeldersatzsatzung

Vorlage: 115/2016

Der Gemeinderat fasst einstimmig folgenden Beschluss

Der Satzung zur Änderung der Feuerwehrkostenersatzsatzung (Anlage 2) wird zugestimmt.

TOP 6

Bereitstellung öffentlicher Sitzungsunterlagen - Antrag der Fraktion DIE GRÜNEN vom 2. Juni 2016 **Vorlage: 036/2016**

Der Vorsitzende stellt den Tagesordnungspunkt vor und verweist auf den zugrundeliegenden Antrag bzw. den modifizierten Antrag der Grünen-Fraktion (Anlage 3), die nunmehr eine öffentliche Unterlagenbereitstellung für Bürger und Presse am Freitag vor der Sitzung am Donnerstag fordere.

Stadträtin Wiesiollek begründet den gestellten Antrag. Mit der Veröffentlichung der Sitzungsunterlagen am Freitag sei auch den Bürgern die Möglichkeit einer frühzeitigen Information und längeren Vorbereitung auf die Sitzungen gegeben.

Stadtrat Lusche erklärt, dass das Thema bereits umfassend im Hauptausschuss beraten wurde. Er spricht sich für das Festhalten an der bisherigen Vorgehensweise aus, da hierdurch die Fraktionsarbeit gestärkt werde. Zudem verweist er auf die Möglichkeit des neuen § 41b Abs. 4 GemO, wonach Ratsmitglieder den Inhalt öffentlicher Sitzungsunterlagen gegenüber Dritten und der Öffentlichkeit bekannt geben können.

Stadträtin Cyperrek ist der Auffassung, dass die Ratsmitglieder mit dem Instrument des Themenspeichers und der Vorberatungen hinreichend Vorbereitungsmöglichkeiten und -zeit für die Gemeinderatssitzungen hätten. Sie sehe keine Bedenken gegenüber einer Veröffentlichung der Sitzungsunterlagen vor den Fraktionssitzungen, sondern vielmehr eine Bereicherung.

Von Stadtrat Claassen wird keine Notwendigkeit für eine Änderung des bisherigen Vorgehens gesehen.

Für Stadtrat Koesler ist hingegen eine frühzeitigere Veröffentlichung unproblematisch.

Hiernach stellt der Vorsitzende den modifizierten Antrag der Fraktion der Grünen zur Abstimmung. Der Antrag wird mehrheitlich bei 15 Nein-Stimmen, 14 Ja-Stimmen und 1 Enthaltung abgelehnt. Der Vorsitzende stellt fest, dass es somit bei der bisherigen Praxis bleibe und die Veröffentlichung der öffentlichen Sitzungsunterlagen auf der städtischen Internetseite für die Ausschuss- und Gemeinderatssitzungen weiterhin am Montag vor dem Sitzungstermin am Donnerstag erfolge.

TOP 7

Annahme und Vermittlung von Spenden, Schenkungen und ähnlichen Zuwendungen gemäß § 76 Abs. 4 Gemeindeordnung für Baden-Württemberg Vorlage: 146/2016

Der Gemeinderat fasst einstimmig folgenden Beschluss:

Der Annahme bzw. Vermittlung der dargestellten Spenden wird zugestimmt.

TOP 8

Bekanntgabe nichtöffentlich gefasster Beschlüsse und sonstige Bekanntgaben

8.1

Der Vorsitzende informiert über eine Entscheidung in der nichtöffentlichen Gemeinderatssitzung vom 26. Juli 2016 zum Tennisstützpunkt Neumatt-Brunnwasser:

- „1. Der Gemeinderat beauftragt die Verwaltung, sowohl baurechtlich als auch inhaltlich und finanziell ein Konzept für die Erschließung eines neuen Tennisareals im Gebiet Neumatt-Brunnwasser zu erstellen.
2. Der Gemeinderat beauftragt die Verwaltung, die notwendigen planungsrechtlichen Änderungen zur Umwandlung von Sportfläche in Wohnbauland für das städtische Flurstück mit der Nummer 2081 vorzubereiten und dem Gemeinderat für weitere Entscheidungen vorzulegen.“

TOP 9

Allgemeine Anfragen

9.1

Stadträtin Höfler bittet um eine Sachstandsinformation über die Verhandlungen bzw. aktuellen Entwicklungen in Sachen Familienzentrum.

9.2

Stadträtin Höfler bittet um eine Sachstandsinformation zur Friedhofsentwicklungsplanung.

9.3

Stadträtin Salach verweist auf den Antrag der UNICEF-Arbeitsgruppe Lörrach nach einem Menschenrechtspfad und bittet um Bekanntgabe des Votums der Stadt hierzu. Das Vorhaben sei mit keinen Kosten für die Stadt verbunden und werde von der Fraktion der Grünen unterstützt (Anlage 4).

Der Vorsitzende erklärt, dass dies ein wichtiges Thema sei und die Anfrage beantwortet werde. Der Vorschlag müsse jedoch mit dem Konzept der städtischen Erinnerungskultur stimmig sein.

9.4

Stadtrat Wernthaler dankt der Stadt und den beteiligten Vereinen für die Ausgestaltung der slowUp-Veranstaltung.

9.5

Stadträtin Cyperrek verweist auf den erfolgreichen Einsatz von Parkkrallen in Weil am Rhein. Sie erkundigt sich, ob diese auch in Lörrach eingesetzt werden könnten und wie die Zahlungsmoral von Falschparkern aussehe.

Bürgermeister Dr. Wilke berichtet, dass bereits die Anwendungsmöglichkeit von Parkkrallen geprüft werde.

Stadtrat Escher stellt richtig, dass auch Schweizer Bußgelder in Deutschland zahlen müssten.

Fachbereichsleiter Kleinmagd informiert hierauf, dass die Stadt für diese Fälle ein Konto in der Schweiz eingerichtet habe.

9.6

Stadtrat Pichlhöfer regt eine Sitzung der Verkehrskommission IVK an.

9.7

Stadtrat Pichlhöfer bittet um Optimierung der Ampelschaltung in Tumringen.

9.8

Auf Nachfrage von Stadtrat Lusche informiert Bürgermeister Dr. Wilke, dass man einen Aufruf für die Villa Aichele in der Zeitung geschaltet habe. Man suche einen Pächter mit tragfähigem Konzept, Gastronomie und der öffentlichen Zugänglichkeit des Anwesens.

9.9

Auf Frage von Stadtrat Pichlhöfer berichtet Fachbereichsleiterin Buchauer von einem Mieterwechsel im Stettener Schlössle.

TOP 10
Fragestunde der Bürger

keine

TOP 11
Offenlegungen

Der Gemeinderat nimmt von nachstehenden Offenlegungen Kenntnis:

- 11.1 Niederschrift über die öffentliche Sitzung des Gemeinderats vom 26. Juli 2016
- 11.2 Berichtigung der Niederschrift über die öffentliche Sitzung des Gemeinderats vom 23. Juni 2016
- 11.3 Schreiben von Isabelle Sima, Chef de Cabinet du Président de la République, vom 20. Juli 2016 bzgl. des AKW Fessenheim
- 11.4 Annahme und Vermittlung von Kleinspenden vom August 2016 gemäß § 76 Abs. 4 GemO

Zur Beurkundung

Der Vorsitzende:
gez. Lutz

Urkundspersonen:
(Unterschriften werden nachgeholt)

Schriftführung:
gez. Heinze/Ockenfuß